

# ANTRAG

## auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm KInvFG 2 - Schulinfrastruktur

Investitionsbank des Landes Brandenburg  
Referat Infrastruktur  
Postfach 60 08 07  
14408 Potsdam

Eingangsstempel der Investitionsbank des Landes Brandenburg
--

### 1 Angaben zum Antragsteller

#### 1.1 Name/Kommune

\_\_\_\_\_  
Name/Kommune

\_\_\_\_\_  
Rechtsform

#### 1.2 Hauptsitz

\_\_\_\_\_  
Straße und Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Telefonnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
Faxnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

#### 1.3 Gesetzliche(r) Vertreter(in)

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Akademischer Titel

\_\_\_\_\_  
Funktion

\_\_\_\_\_  
Telefonnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
Faxnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Akademischer Titel

\_\_\_\_\_  
Funktion

\_\_\_\_\_  
Telefonnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
Faxnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Akademischer Titel

\_\_\_\_\_  
Funktion

\_\_\_\_\_  
Telefonnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
Faxnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

#### 1.4 Bevollmächtigte(r)

kein(e) Bevollmächtigte(r)

Bevollmächtigte(r)

\_\_\_\_\_  
Name \_\_\_\_\_  
Vorname \_\_\_\_\_  
Akademischer Titel

\_\_\_\_\_  
Funktion/Dienststellung

\_\_\_\_\_  
Telefonnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
Faxnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Akademischer Titel

\_\_\_\_\_  
Funktion/Dienststellung

\_\_\_\_\_  
Telefonnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
Faxnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

Für jeden Bevollmächtigten ist die jeweilige Vollmacht im Original beizufügen.  
Den Vordruck finden Sie auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de).

#### 1.5 Ansprechpartner(in)

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Akademischer Titel

\_\_\_\_\_  
Funktion/Dienststellung

\_\_\_\_\_  
Telefonnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
Faxnummer mit Vorwahl

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse

#### 1.6 Belegaufbewahrung

Der Antragsteller verwendet ein digitales Belegaufbewahrungs- und -archivierungssystem.

ja (Bezeichnung des Systems: \_\_\_\_\_)

Das System entspricht den Grundsätzen zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD).

ja

nein

nein

Das Merkblatt "Belegaufbewahrungs- und -archivierungssysteme" ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

## 2 Angaben zur Maßnahme

### 2.1 Art der Maßnahme

Sanierung

Umbau

Erweiterung

Ersatzneubau

## 2.2 Kurzbezeichnung der Maßnahme

Maßnahmebezeichnung (einschließlich Name der Schule)

## 2.3 Maßnahmeort/Schulstandort

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Landkreis

Land

Bundesland

Gemeindekennziffer

Name der Schule

Schulnummer

Schulträger

## 2.4 Zeitliche Durchführung der Maßnahme (Durchführungszeitraum)

Es dürfen nur Maßnahmen gefördert werden, die nach dem 01.07.2017 begonnen wurden und bis zum 31.12.2022 abgeschlossen sind.

Tag	Monat	Jahr

Beginn Durchführungszeitraum

Tag	Monat	Jahr

Ende Durchführungszeitraum

## 2.5 Maßnahmebeschreibung

## 2.6 Ist es vorgesehen die Zuwendung an Dritte weiterzuleiten?

- ja<sup>1</sup> (Die Zuwendung wird an \_\_\_\_\_ weitergeleitet.)
- nein

<sup>1</sup> Die Weiterleitung kann durch eine Weiterleitungsvereinbarung oder mittels Zuwendungsbescheid des Antragstellers erfolgen.

## 2.7 Lieferung und Leistung bei Verflechtungen

Ist die Vergabe von Aufträgen an verflochtene Dritte geplant?

- ja (Die Ausgaben für diese Aufträge sind nicht zuwendungsfähig. Diese Ausgaben sind unter dem Punkt 2.10 als nicht zuwendungsfähig auszuweisen.)
- nein

Verflechtungen können sowohl rechtlich und wirtschaftlich, als auch personell oder organisatorisch vorliegen. Für den Begriff der wirtschaftlichen und rechtlichen Verflechtung ist Artikel 3 des Anhangs der Empfehlung der Europäischen Kommission zur KMU-Definition vom 06.05.2003 (ABl. Nr. L 124 vom 20.05.2003, Seite 36 ff.) maßgeblich. Das Merkblatt „KMU-Definition der EU“ ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar. Die personelle Verflechtung lässt sich anhand der in § 15 Abgabenordnung verankerten Definition zu Angehörigen bestimmen. Eine organisatorische Verflechtung liegt vor, wenn eine natürliche oder juristische Person oder eine Gruppe dieser Personen sowohl zum Auftraggeber als auch Auftragnehmer gesellschaftsrechtlich oder aufgrund von Rechtsverhältnissen, die das Erbringen von Tätigkeiten zum Gegenstand haben, verbunden ist und die Entscheidung über die Auftragserteilung zumindest eines von ihnen beeinflussen kann.

## 2.8 Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel für die Durchführung der Maßnahme

Zur Finanzierung der Maßnahme wurden oder werden weitere öffentliche Mittel bei der ILB oder anderen Stellen beantragt bzw. wurden von der ILB oder anderen Stellen gewährt.

- ja<sup>2</sup> (Bitte näher bezeichnen: \_\_\_\_\_)
- nein

## 2.9 Folgekosten

Die Folgekosten der Maßnahme (d. h. die Kosten für den Betrieb, die Unterhaltung, die Instandsetzung etc.) wurden ermittelt.

- ja
- Die Finanzierung der Folgekosten ist gesichert.
- ja
- nein
- nein (Bitte Begründung angeben.)

Begründung:

<sup>2</sup> Aus der Zuwendung können nur solche Maßnahmen finanziert werden, die nicht gleichzeitig nach anderen Gesetzen oder Verwaltungsvereinbarungen als Anteilfinanzierung nach Artikel 104b, 104c oder Artikel 91a des Grundgesetzes oder durch andere Förderprogramme des Bundes oder der Europäischen Union gefördert werden.

## 2.10 Ausgaben

Der Antragsteller ist bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug berechtigt.

- ja (Die Ausgaben sind nachfolgend ohne Umsatzsteuer anzugeben.)
- nein
- teilweise

Ausgaben	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
KGR 100 - Grundstück			
KGR 200 - Herrichten und Erschließen			
KGR 300 - Bauwerk-Baukonstruktionen			
KGR 400 - Bauwerk-Technische Anlagen			
KGR 500 - Außenanlagen			
KGR 600 - Ausstattung und Kunstwerke	X		
KGR 700 - Baunebenkosten			
Sonstiges (bitte näher bezeichnen)			
Sonstiges (bitte näher bezeichnen)			
<b>Summe</b>			
<b>Gesamtausgaben</b>			

## 2.11 Finanzierung

Hinweis: Die Summe der Finanzierungsmittel muss der Summe der Ausgaben entsprechen.

Finanzierungsmittel	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
Zuschuss ILB			
Eigenmittel <sup>3</sup>			
Fremdfinanzierung (bitte näher bezeichnen)			
Sonstiges (bitte näher bezeichnen)			
<b>Summe</b>			
<b>Gesamtfinanzierung</b>			

## 2.12 Beantragte Zuwendung

Zuwendung	Höhe (EUR)	Jahr in EUR				
Zuschuss						

<sup>3</sup> Bei einer Weiterleitung der Zuwendung an Dritte sind die Eigenmittel vom jeweiligen Dritten zu erbringen.  
k1712211255 – 31.05.2018  
Antrag KInvFG 2

### 3 Erklärungen des Antragstellers

(Die Erklärungen müssen durch Anklicken  bestätigt werden.)

Der Antragsteller erklärt, dass

#### 3.1 nicht vor dem 01.07.2017 mit der Maßnahme begonnen wurde,

Hinweis: Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich jeder Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn der Maßnahme, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.

#### 3.2 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

#### 3.3 ihm bekannt ist, dass

- die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.
- Verstöße gegen das Vergaberecht eine teilweise oder vollständige Kürzung der Zuwendung zur Folge haben können.

Das auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbare Merkblatt zu den Vergabebestimmungen wurde zur Kenntnis genommen.

Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.1 bis 3.3.

#### 3.4 Der Antragsteller erklärt, dass ihm die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie seine Pflicht, der ILB mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt sind.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionsgesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen)
- Angaben zum Zeitpunkt des Maßnahmebeginns, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- Die Maßnahmebeschreibung
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen sind
- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen
- Tatsachen, die der ILB nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides nebst Anlagen mitzuteilen sind
- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften (insbesondere ANBest-P/ANBest-G/NBest-Bau) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

#### 4 Datenschutzrechtlicher Hinweis

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags.

Eine detaillierte Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie im Informationsblatt Datenschutz.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese aufgrund eines datenschutzrechtlichen Erlaubnistatbestandes durch den Antragsteller anzufordern und zu beschaffen. Den Dritten ist das Informationsblatt Datenschutz der ILB auszuhändigen und die Aushändigung durch den Dritten zu bestätigen.

Das Informationsblatt Datenschutz erhalten Sie auch jederzeit auf Anforderung in Papierform. Zusätzlich steht das Dokument auf der Internetseite der ILB unter [www.ilb.de/datenschutz](http://www.ilb.de/datenschutz) zum Download zur Verfügung.

**Direktlink Informationsblatt Datenschutz:** <https://www.ilb.de/media/dokumente/sonstige-dokumente/rechtshinweise/informationsblatt-datenschutz.pdf>

Der Antragsteller bestätigt die Kenntnisnahme des Datenschutzrechtlichen Hinweises und des Informationsblattes Datenschutz.

Der Antragsteller ist mit der Kommunikation über unverschlüsselten E-Mail-Verkehr einverstanden:

- ja  
 nein

Hinweis: Ein Austausch rechtsverbindlicher Erklärungen kann nicht im E-Mail-Verkehr erfolgen.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift(en) des Antragstellers/Stempel bzw. Siegel

---

Name(n) in Druckbuchstaben

## **Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm KInvFG 2 - Schulinfrastruktur**

### Anlagen

(Beigefügte Unterlagen sind durch Anklicken ☒ zu kennzeichnen.)

### **Antragsteller**

- Vollmacht(en) für die Bevollmächtigten gemäß Ziffer 1.4 des Antragsformulars

### **Maßnahme**

- Baufachliche Prüfung durch die zuständige bautechnische Dienststelle der Gemeinde/des Amtes bei einer Zuwendungssumme ab 100.000,00 EUR und unterhalb 500.000,00 EUR (Anlage zum Antrag)
- Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme und Ausführungsart
- Stellungnahme des Schulträgers zur mittel- bis langfristigen Standortsicherheit der betreffenden Schule
- Im Falle der Weiterleitung der Fördermittel an einen freien Träger einer Ersatzschule: Darstellung der durch den Träger zur Verfügung gestellten schulischen Angebote (u. a. Aussagen zum Genehmigungszeitpunkt und zur Entwicklung der Schule inklusive der Schülerzahlen) und Nachweis der wirtschaftlichen Solidität des Trägers
- Bestätigung, dass es sich bei der geplanten Maßnahme nicht um eine wesentliche Kapazitätserweiterung handelt
- Im Falle der Errichtung eines Ersatzneubaus: Nachweis, dass der Ersatzneubau im Vergleich zur Bestandssanierung bei Beachtung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit die günstigere Variante darstellt und dass der Ersatzneubau nach Art und Funktion den Bestandsbau ersetzt

### **Finanzierung**

*öffentliche Antragsteller:*

- Auszug aus der rechtskräftigen Haushaltssatzung/dem Haushaltsplan, welche(r) die Maßnahme und ihre Finanzierung berücksichtigt

*bei Weiterleitung an freie Träger:*

- Bestätigung der Hausbank, dass die zur Finanzierung der Maßnahme angegebenen Eigenmittel zur Verfügung stehen (Anlage zum Antrag)

Die ILB behält sich die Anforderung weiterer Unterlagen und Informationen vor.

**Anlage zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung  
aus dem Programm KInvFG 2 - Schulinfrastruktur**

Antragsteller: \_\_\_\_\_

Maßnahme: \_\_\_\_\_

Antrag vom: \_\_\_\_\_

**Baufachliche Prüfung durch die zuständige bautechnische Dienststelle der Gemeinde/  
des Amtes/des Landkreises bei einer Zuwendungssumme ab 100.000,00 EUR und unterhalb  
500.000,00 EUR**

(Zutreffendes ist durch Anklicken  zu kennzeichnen.)

**Ergebnis der baufachlichen Prüfung durch die bautechnische Dienststelle**

Für die Durchführung der Baumaßnahme wurden Gesamtausgaben in Höhe von  
\_\_\_\_\_ EUR veranschlagt.

Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entspricht.

- ja  
 nein

Im Ergebnis der Prüfung werden Gesamtausgaben in Höhe von \_\_\_\_\_ EUR als angemessen erachtet.

Bemerkungen:

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift(en) bautechnische Dienststelle/Stempel bzw. Siegel

\_\_\_\_\_  
Name(n) in Druckbuchstaben

## Anlage zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm KInvFG 2 - Schulinfrastruktur

Antragsteller: \_\_\_\_\_  
Letztempfänger<sup>4</sup>: \_\_\_\_\_  
Maßnahmebezeichnung: \_\_\_\_\_  
Antrag vom: \_\_\_\_\_

### **Bestätigung Hausbank**

Wir bestätigen, dass unter Berücksichtigung der im Finanzierungsplan (Ziffer 2.11 des Antrages) ausgewiesenen Zuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist, insbesondere dass die im Finanzierungsplan ausgewiesenen Eigenmittel vorhanden sind.

Wir verpflichten uns, alle uns zur Kenntnis gelangenden Umstände, die Einfluss auf die Durchführung oder die Finanzierung der Maßnahme haben können, unverzüglich der ILB mitzuteilen. Der Antragsteller und der Letztempfänger haben uns insoweit von unserer Verschwiegenheitsverpflichtung befreit.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift(en)/Stempel mit Anschrift

\_\_\_\_\_  
Name(n) in Druckbuchstaben

<sup>4</sup> Hier ist der freie Träger einzutragen, an den die Zuwendung nach Ziffer 2.6 dieses Antrages weitergeleitet werden soll.  
k1712211255 – 31.05.2018  
Antrag KInvFG 2